

Impotente Bundesbank

Wieder einmal hat die Deutsche Bundesbank ihren Präsidenten durch Rücktritt verloren. Anlass zu größerer Besorgnis besteht aber nicht, denn der Schaden ist lange schon angerichtet. Im Hintergrund der Rücktritte steht die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank.

Diesbezüglich waren die Rücktritte von Axel Weber und Jürgen Stark im Jahr 2011 ganz klare Signale an die Bevölkerung, wohin die Reise der Europäischen Zentralbank gehen würde. Weber und Stark haben Recht behalten und seinerzeit nobel gehandelt. Der Rücktritt von Herrn Weidmann besitzt keine wichtige Symbolkraft. Die Fakten sind längst geschaffen und lassen sich auch nicht mehr zurückdrehen. Die Tradition der Deutschen Bundesbank ist mit der Abschaffung der D-Mark erloschen. Inhaltlich ähnelt die EZB der Banque de France. Es ist auch kein Zufall, dass nach Claude Trichet mit Frau Lagarde bereits zum zweiten Mal französischer geldpolitischer Geist an der Spitze der Zentralbank weht, während das mit weitem Abstand wirtschaftlich größte Land des Euroraumes keine entsprechende Repräsentanz gefunden hat. Heute kümmert sich

die EZB hauptsächlich um die Finanzierung der Staaten des Euroraums. Künftig soll noch die Klimapolitik hinzukommen. Jedermann kann erkennen, wie gering das Interesse der EZB an Geldwertstabilität ist. Die Hartnäckigkeit, mit der die hohen Preissteigerungsraten unserer Zeit ignoriert werden, spricht Bände.



Als Kapitalanleger darf man sich aber nicht allzu sehr an der Vergangenheit festbeißen sondern muss die Gegebenheiten zur Kenntnis nehmen

und ähnlich dem Segler die Segel entsprechend setzen. Jene, die frühzeitig den Gang der EZB haben kommen sehen, konnten sich einer Jahrhunderthause an den Aktienmärkten und einer steilen Bergfahrt an den Immobilienmärkten erfreuen. Und ein Ende ist nicht abzusehen, denn nennenswert hohe Zinsen sind im Euroraum schlechterdings kaum mehr vorstellbar. Insofern geht die größte Gefahr für die Minderheit der Klugen, die auf dynamische Sachwerte setzen, heute wie auch in der Vergangenheit von der Raffgier des Staates und seiner Steuersysteme aus. Es sei in diesem Zusammenhang etwa an die hohe und doppelte Besteuerung ausgeschütteter Gewinne bei Aktiengesellschaften erinnert.

Was nun die Bundesbank angeht, so ist diese eine überdimensionierte und zugleich unwichtige Bundesbehörde.

Sollte die kommende Bundesregierung an einem schlanken Staat interessiert sein, so wird sie in Frankfurt Ginnheim gewiss manches Einsparungspotential vorfinden. Denn die Bundesbank ist seit der Errichtung der EZB unwichtig und impotent. Es wäre aufrichtig, diese Erkenntnis auch in Berlin einmal laut auszusprechen.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns